



Tagesbericht

1. August 1953

Information Nr. 1030

Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 2, Bl. 604–615 (2. Expl.).

Serie

Informationsdienst (Konstituierungsphase).

Verteiler

Ulbricht, Grotewohl am 3.8.1953 laut VS-Postausgangsbuch für »Vorzimmer Mielke« (MfS, SdM 527, Bl. 32) – Sfs: Keine Verteilung nachweisbar.

Vermerke

Vertikale Randmarkierungen (siehe Fußnoten).

Bemerkungen

Maschinenschriftliches Deckblatt mit Dokumententitel (Stimmung der Bevölkerung) und Hinweis auf die Anlage.

Anlage

Stimmung unter den Rückkehrern (Information 1030a).

[Faksimile des Postausgangsbuchs (externer Verteiler)]

Stimmung der Bevölkerung

Wie aus den vorliegenden Berichten zu ersehen ist, diskutiert ein Teil der Bevölkerung trotz wesentlicher Verbesserung der Versorgung noch immer negativ in Bezug der Ablehnung der Lebensmittel, die uns von der Regierung der USA angeboten wurden.¹ Im gleichen Zusammenhang versuchen reaktionäre Elemente gegen die Hilfeleistung der UdSSR vorzugehen.² So wird zum Ausdruck gebracht, dass die Waren, die aus der Sowjetunion kommen, Erzeugnisse der DDR sind, die nur spazieren gefahren werden. Oder dass es sich bei den Lieferungen der UdSSR um alte, zum Teil verdorbene Waren handelt.

Beispiele:

Der Arbeiter [Name 1] aus Mylau: »Wenn ihr jetzt wieder sagt, ihr habt Fehler gemacht, dann schlag ich dir den Schädel ein.« Auf die Frage, was er denn eigentlich damit meint, sagte [Name 1]: »Warum habt ihr die Lebensmittelhilfe von Amerika nicht angenommen.«

Der Apotheker [Name 2] aus Schwarzenberg: »Die amerikanische Hilfe mit Lebensmitteln war sehr gut gemeint. Wenn die Hilfe auch nicht angenommen wurde, so war es doch gut, denn dadurch wurden unsere sogenannten Freunde gezwungen, sich einzuschalten und Lebensmittel zu liefern. Man konnte doch nicht dem bösen Amerikaner den Vorrang lassen.«

Der Kolonialwarenhändler [Name 3] aus Meißen: »Ich bezeichne die Ablehnung der Lebensmittel als eine unverantwortliche Tat, die eine Regierung angesichts der Not, in welcher sich das Volk befindet, tun kann.« Über die Hilfe der UdSSR sagte er: »Der größte Teil dieser Lebensmittel ist sowieso aus der DDR.«

Der Arbeiter [Name 4] aus dem Bautzener Lederwaren: »Die Butter, die die Russen uns schicken, ist deutsche Butter, welche spazieren gefahren wird und wenn sie schlecht geworden ist, dann schicken sie diese zu uns.« Im Betrieb selbst soll nur verächtlich über die Lebensmittel aus der SU gespottet werden.

Wie aus vorliegendem Material zu ersehen ist, mehren sich die Fälle, wo Personen aus der DDR nach Westberlin fahren, um sich von dort die »Lebensmittelpakete« abzuholen.³ Dies macht sich besonders auf dem Gebiet der Eisenbahn bemerkbar. Zum überwiegenden Teil ist zu verzeichnen, dass diese Personen mehrere Personalausweise in ihrem Besitz haben und demzufolge die sogenannten »Spendenpakete« nicht nur für sich, sondern auch für andere Personen abholen.

Der Leiter des Ringes um Berlin bringt zum Ausdruck, dass die Fernzüge durchschnittlich stark überlastet sind, vor allem die aus Thüringen ankommen. Arbeiter aus den Randgebieten sollen teilweise nicht in der Lage gewesen sein, mit diesen Zügen wegzukommen.

Aus Magdeburg wird bekannt, dass Frau [Name 5] aus Zerbst in der [Straße] nachfragt, ob man ihr nicht den DPA mitgeben will, damit sie Westpakete mitbringen kann. Verschiedene Einwohner der Stadt Zerbst, besonders Bewohner der Siedlung am Obstmusterergarten, fuhren in letzter Zeit nach Westberlin und nahmen dort das sogenannte »Geschenk der USA« entgegen.

In Osterburg wurde bekannt, dass Frau [Name 6] Personalausweise einsammelt, dann nach Westberlin fährt, diese Ausweise in einer sogenannten Verpflegungsstelle eintragen lässt, wodurch die Eigentümer der DPA das »Lebensmittelpaket« zugeschickt bekommen (wird weiter untersucht).

Vom Amt für Kontrolle des Warenverkehrs wurden bei einer allgemeinen Kontrolle drei Personen aus Liebenwerda festgestellt, die insgesamt 28 Dosen Schmalz, 28 Dosen Leberwurst und 100 Dosen Milch transportierten. Die Waren wurden nicht eingezogen.

Aus Pirna wird bekannt, dass seit Ende voriger Woche die Stromabschaltungen, die seit dem 17.6. nicht mehr zu verzeichnen waren, wieder vorgenommen werden. Die Abschaltungen werden bis 22.00 Uhr ausgedehnt, wodurch eine Unzufriedenheit unter der Bevölkerung zu verzeichnen ist. Ähnliches wird auch aus anderen Gebieten bekannt, was besonders von reaktionären Elementen in ihren Argumentationen ausgenützt wurde. So sagt der Bohrer [Name 7], beschäftigt bei IFA Phänomen in Zittau, im Betrieb zu seinen Kollegen: »Da habt ihr's, die Stromsperrungen sind wieder da. Die polnischen Partisanen lassen keinen Kohlentransport mehr in die DDR. Aus ist es mit den schönen Versprechungen.«

Die Hausfrau [Name 8] aus Weimar äußerte sich: »Alle Regierungsverordnungen in der letzten Zeit sind ja ganz schön und begrüßenswert, wenn sie eingehalten werden, aber daran scheint es in einigen Sachen noch zu mangeln. Was nützt es, wenn man großspurig verkündet, dass ab 1.7. keine Abschaltungen mehr vorkommen, wenn man täglich den Strom wegnimmt. Man will scheinbar nur das Volk beruhigen, dann wieder zu den alten Maßnahmen übergehen.«

Aus einzelnen Diskussionsbeispielen ist zu ersehen, dass feindliche Elemente, die an einer Verbesserung der Lebenslage gar nicht interessiert sind, immer wieder die Forderung »Rücktritt der Regierung« oder »Bestrafung der Schuldigen« und dgl. mehr verlangen bzw. in Diskussionen zum Ausdruck bringen. Wichtig erscheint, auf nachfolgend aufgeführte Diskussionen hinzuweisen:

Genosse [Name 9] bringt zum Ausdruck, dass er in der Gaststätte »Zur Börse« in Niedersedlitz gehört habe, wie sich verschiedene Arbeiter aus dem VEB ABUS Niedersedlitz unterhalten haben, dass sie den zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten *Grothaus*⁴ am 3. und 26. August wieder befreien würden.⁵

Der Stellmacher [Name 10] aus Görlitz, beschäftigt in der LOWA: »Der 17.6. war nur eine Vorprobe. Jetzt kommt die Hauptprobe und dann die Aufführung und die klappt bestimmt. Die Kollegen gehen schon wieder mit auf die Straße, denn dann wird die Sache richtig organisiert. Diesmal war zu wenig Zeit dazu. Es kann im August schon sein.«

Der Arbeiter [Name 11], beschäftigt bei der Spedition in Görlitz: »In Polen ist eine Partisanenarmee, die von dem Sohn Stalins, ⁶ dem General Paulus⁷ und Tschirner⁸ geführt wird und sich in Richtung Görlitz bewegt. ⁹ Ihr Ziel ist, Görlitz zu erreichen, wo sie sich in den neuen Streik, der geplant ist, einmischen wollen.«

Der Vorsitzende der NDPD, Kreis Luckenwalde, *Holbek*: »Es kommt sowieso bald eine andere Regierung und der Krieg steht vor der Tür. In Polen, Ungarn und der ČSR finden große Streiks statt. Der blaue Express, der angeblich Urlauber von Wünsdorf in die SU bringt, verkehrt nicht mehr, da sämtliche Brücken von Partisanen gesprengt wurden. Am 3. August soll ein zweiter »Tag X«¹⁰ stattfinden.«¹¹

Frau [Name 12], wohnhaft, Berlin O 34, [Straße, Nr.] erzählte, dass sie von jemandem gehört hätte, dass diesen Sonnabend oder Sonntag geplant sei, dass die Bewohner des demokratischen Sektors ihre Pakete in einem geschlossenen Demonstrationzug aus Westberlin abholen sollten. Auf die Frage, ob sie das selbst im RIAS gehört habe, antwortet sie mit nein.

Anlage vom 1.8.1953 zur Information Nr. 1030

Information Nr. 1030a: Stimmung der Rückkehrer in das Gebiet der DDR

Dem Ministerratsbeschluss vom 11.6.1953¹² folgend, kehrten in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zurück:

- am 24.7.1953 = 227 Rückkehrer, davon 39 aus Westdeutschland,
- am 25.7.1953 = 89 Rückkehrer, davon 23 aus Westdeutschland,
- am 26.7.1953 = 13 Rückkehrer, davon 2 aus Westdeutschland,
- am 27.7.1953 = 205 Rückkehrer, davon 27 aus Westdeutschland,
- am 28.7.1953 = 149 Rückkehrer, davon 26 aus Westdeutschland,
- am 29.7.1953 = 182 Rückkehrer, davon 29 aus Westdeutschland,

- am 30.7.1953 = 105 Rückkehrer, davon 24 aus Westdeutschland.

Demgegenüber haben das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verlassen:

- am 24.7.1953 = 168 Personen,
- am 25.7.1953 = 155 Personen,
- am 26.7.1953 = 28 Personen,
- am 27.7.1953 = 196 Personen,
- am 28.7.1953 = 203 Personen,
- am 29.7.1953 = 194 Personen,
- am 30.7.1953 = 180 Personen.

Die Zahl der Rückkehrer und Republikflüchtigen unterliegt starken Schwankungen an den einzelnen Tagen. Während man trotzdem bis zum 23.7.1953 einen allmählichen Aufstieg der Rückkehrer sowie der Republikflüchtigen erkennen konnte, ist seit dem 24.7.1953 ein Sinken der Zahl der Rückkehrer und Republikflüchtigen zu verzeichnen, wogegen die Republikflüchtigen an Zahl die Rückkehrer überwiegen. In der Zeit vom 24.7. bis 30.7.1953 sind 970 Rückkehrer zu verzeichnen. In der gleichen Zeit wurden 1 124 Republikflüchtige gemeldet.

Von den Rückkehrern wurden in der Zeit vom 24.7. bis 30.7.1953 in Form einer zwanglosen und freundschaftlichen Unterhaltung insgesamt 45 Personen befragt über die Aufnahme des Ministerratsbeschlusses bei den Flüchtlingen in Westdeutschland und Westberlin sowie über ihre Aufnahme und Eindrücke in der DDR – nach ihrer Rückkehr. Die befragten Personen setzen sich aus 19 Arbeitern, 13 Bauern, fünf Angestellten und acht Geschäftsleuten zusammen. Aufgrund der Angaben dieser Personen kann Folgendes berichtet werden:

1. Aufnahme des Ministerratsbeschlusses bei den zurückgekehrten Personen sowie bei den Flüchtlingen in Westdeutschland und Westberlin

Der Beschluss des Ministerrates wurde von allen Rückkehrern sehr begrüßt. Wie Rückkehrer mitteilten, wollen sehr viele Republikflüchtige wieder in die DDR zurückkehren. Es besteht aber immer noch bei einem großen Teil Misstrauen gegenüber diesem Beschluss. Sie werden zum Teil noch abgehalten durch die ständige Einwirkung der westlichen Propaganda, da ihnen Gefahren bei ihrer Rückkehr drohen sollen.

Frau [Vorname Name 1], geb. [Tag, Monat] 1887, wohnhaft: Spremberg, Bezirk Cottbus, teilte mit: »Ich habe es gleich nach meinem Weggang bedauert, die DDR verlassen zu haben, da die im Westen vorgefundenen Verhältnisse sehr schlecht waren. Ich bin mit dem Ministerratsbeschluss sehr zufrieden.«

Der Rückkehrer [Name 2], wohnhaft: Leipzig C 1, [Straße, Nr.] äußerte: »Nach Bekanntgabe des Ministerratsbeschlusses war ich mir sofort im Klaren, dass dies die Gelegenheit für meine Rückkehr ist. Damit hat die Regierung vielen Menschen geholfen, wieder in ihre Heimat zurückzukehren.«

2. Stimmung der Flüchtlinge und Hemmungen bei ihrer Rückkehr

Die Stimmung in den Lagern ist nach Mitteilung der Befragten sehr schlecht, da Unterkunft und Verpflegung sehr unzureichend sind. Die Arbeit ist, wenn sie überhaupt welche erhalten, schwer. Die Bezahlung ist schlecht. Weiterhin bestehen Bedenken, dass sie bei Rückkehr verhaftet und eingesperrt werden. Sie nehmen an, dass der Beschluss nur ein Lockmittel ist, um sie wegen ihrer früheren Vergehen zu bestrafen. Ein anderer Teil,¹³ trotzdem er keine Zukunft im Lager hat, wird an einer Rückkehr dahingehend gehemmt, da vor der Flucht die Wohnungseinrichtungen verkauft wurden und sie dadurch keine Entwicklungsmöglichkeit in der DDR sehen.

Der [Vorname Name 3], wohnhaft: Böhlen, Kreis Borna, Bezirk Leipzig, [Straße, Nr.] erklärte: »Die Stimmung unter den meisten Leuten war schlecht. Sie bekamen nur sehr wenig zu essen und erhielten keine Arbeit. Sie liefen in Lumpen herum, außerdem waren auch noch die Wohnverhältnisse äußerst schlecht. So mussten in scheunenartigen Räumen Männer, Frauen und Kinder gemeinsam leben. Ein Teil von arbeitsscheuen und kriminellen Elementen, die sich mit dort befanden und denen dieses Leben gefiel, waren die, welche sich kaufen ließen und die anderen aufhetzten, nicht in die DDR zurückzukehren.«

Der Großbauer [Vorname Name 4], wohnhaft: Osthausen, Kreis Arnstadt, Bezirk Erfurt, sagte dazu: »Ich bin sehr gern wieder in die DDR zurückgekommen, obwohl ich schon eine Flugkarte in das Innere Westdeutschlands hatte, aber dort hätten wir vor dem Nichts gestanden und aus diesem Grunde bin ich wieder auf meine Scholle zurückgekehrt. So gibt es drüben in Westdeutschland viele Arbeitslose. Bei unserer Ankunft im Flüchtlingslager wurde unser Personalausweis sofort verbrannt, um uns eine Rückkehr unmöglich zu machen. Seit ungefähr Pfingsten dieses Jahres ist der Andrang von Flüchtlingen rapid zurückgegangen, Bauern habe ich seit dieser Zeit in diesem Lager dort nicht wieder getroffen. Bei vielen Flüchtlingen herrscht Angst, in die DDR zurückzukehren. Ebenso verhält es sich mit dem Bauer [Name 5] aus Osthausen. Ihm soll ich schreiben, wie es mir in der DDR gegangen ist.«

Die [Vorname Name 6], geb. [Tag, Monat] 1936, zuletzt wohnhaft: Berlin-Tegel-Süd, Jugendheim Eichhenof, jetzt Frankfurt/Oder, gab an: »Die Jugendlichen, die wieder zurückkehren wollen, werden nicht zurückgelassen und wenn einer dabei erwischt wird, wird er dort eingesperrt und kommt nicht raus. Die Jugendlichen werden schlecht behandelt bei¹⁴ Essen sowie Unterkunft. Da ich der Heimleiterin sagte, wenn ich herauskomme, werde ich türmen und über die Verhältnisse offen sprechen, dafür wurde ich etliche Tage eingesperrt. Die Jugendlichen müssen dort alle arbeiten, und wenn jemand versucht, die Arbeit zu verweigern, wird er ebenfalls eingesperrt.«

3. Agitation und Maßnahmen von westlicher Seite aus, um eine Rückkehr zu verhindern

Durch Agitation und Hetze von westlicher Seite wird versucht, die Flüchtlinge von einer Rückkehr in die DDR abzuhalten. Man will ihnen Furcht einflößen, indem man ihnen sagt, dass sie jetzt, nachdem der Fingerabdruck abgenommen wurde, nicht mehr zurückkehren können, da sie nach Rückkehr sofort verhaftet würden. Man versucht, Rückkehrer dadurch abzuhalten, dass man ihnen den Deutschen Personalausweis nicht zurückgibt. Desgleichen versucht man Flüchtlinge dazu zu gewinnen, dass sie durch den RIAS sprechen sollen, über die schlechten Verhältnisse in der DDR.

Der Rückkehrer [Vorname Name 7], geb. [Tag, Monat] 1934, wohnhaft: Berlin O 17, [Straße, Nr.], äußerte hierzu: »Vom DGB ist man an die Bauarbeiter herangetreten, mit der Forderung, durch den RIAS zu sprechen. Mir ist jedoch nicht bekannt, ob dies von den mir bekannten Bauarbeitern getan wurde. Weiterhin wurde von der Lagerleitung mir sowie anderen Flüchtlingen erklärt, dass, wenn sie zurückkehren, sie auf Lastautos geladen und abtransportiert würden. Im Osten sollen mehrere Lager eröffnet sein, wohin die Demonstranten des 17. Juni gebracht würden. In diesen Lagern würden sich 2 000 bis 3 000 Personen befinden.«¹⁵

Der [Vorname Name 8], geb. [Tag, Monat] 1930, wohnhaft: Berlin NO 55, [Straße, Nr.], sagte: »Vonseiten der Lagerleitung wird den Flüchtlingen erzählt, dass, wenn jemand wieder zurückkehrt, er gleich verhaftet wird. Dem Bauern wurde erklärt, dass ihre Felder und Höfe zu Kolchosen gemacht wurden und sie jetzt für die Russen arbeiten müssen. Den Flüchtlingen wird vonseiten der Lagerleitung verboten, sich irgendeiner Partei oder Organisation anzuschließen, wer es jedoch wagt, einer Partei oder Organisation beizutreten, wird bestraft und verhaftet.«

Der Rückkehrer [Vorname Name 9], geb. [Tag, Monat] 1937, wohnhaft: Alt Kaliß, ¹⁶ Bezirk Schwerin, erklärte: »In den Zeitungen im Westen wird eine starke Hetze gegen die DDR betrieben. So waren auf Zeitungen und Plakaten sowjetische Panzer abgebildet, die auf Menschen schossen. Weiterhin wird eine starke Hetze gegen Genossen Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht betrieben.«

4. Durchführung der Maßnahmen des Ministerratsbeschlusses bei den Rückkehrern

Der größte Teil von den befragten Personen brachte zum Ausdruck, dass die Behandlung auf dem Gebiet der DDR von allen Stellen sehr gut und korrekt war. Viele waren erstaunt, dass alle Formalitäten ihrer Rückkehr so freundschaftlich und reibungslos verliefen. Die Rückgabe des Eigentums und Zuweisung von Arbeitsplätzen und Wohnraum wurde schnell und zur Zufriedenheit der Rückkehrer durchgeführt. Es gab jedoch auch einzelne Stellen, wo man den Rückkehrern Schwierigkeiten bereitete.

Der Rückkehrer [Name 10], Bauer in der Gemeinde Karow, Bezirk Rostock, erklärte: »Groß war meine Freude, als ich meinen Hof wieder [vor]fand, wie ich ihn verlassen hatte. Es war während meiner Abwesenheit nichts verändert worden, kein Vieh, keine Maschinen, keine Möbel fehlten. Jetzt, wo die Regierung die Möglichkeit zum Weiterarbeiten gegeben hat, wollen wir gern bereit sein.«

Die zurückgekehrte [Name 11], geb. 12.6.1926, wohnhaft: [Ort], Kreis Schwarzenberg, Nr. [...], Bezirk Karl-Marx-Stadt, äußerte: »Über die Aufnahme in der DDR war ich sehr angenehm überrascht, da ich von jeder Stelle freundlich und zuvorkommend aufgenommen wurde. Irgendwelche Schwierigkeiten sind mir nicht bereit worden. Ich habe mich selbst davon überzeugen können, dass die Erfolge in der DDR tatsächlich vorhanden sind und nicht nur, wie man in Westdeutschland sagt, auf dem Papier und im Rundfunk ohne jede Grundlage popularisiert werden.«

[Vorname Name 12], geb. [Tag, Monat] 1897, wohnhaft: Schleiz, Bezirk Gera, [Straße, Nr.], sagt: »Nach meiner Rückkehr in Ostberlin in der Auffangstelle Neue Königstraße 65/66 fand ich eine einzigartige Aufnahme und wurde sehr zuvorkommend und reibungslos abgefertigt. Alle Angelegenheiten betreffs meiner Rückkehr wurden schnell in die Wege geleitet. Lediglich auf der Rückfahrt von Berlin nach Schleiz erhielt ich einen Schock. Ich musste mich in einem Sonderabteil ausziehen und einer Leibesvisitation unterziehen. Es ist mir klar, dass unter Umständen Elemente zurückkommen, die irgendwelches Material mitbringen, aber dies konnte doch bereits in der Königstraße einwandfrei untersucht werden, nicht aber auf dem Rücktransport im Zug. Ich bin jedenfalls froh, dass ich wieder zurückkonnte und nicht mit irgendwelchen Dingen belastet wurde. Bei der polizeilichen Anmeldung in Schleiz ging auch alles sehr schnell und reibungslos, lediglich mit dem Wohnungsamt musste ich noch einen Kampf führen, wegen der Rückgabe einiger Zimmer in meinem Haus. Die Rückgabe meines Betriebes ging ebenfalls schnell und reibungslos vonstatten.«

[Vorname Name 13], wohnhaft: Ducherow, Kreis Anklam, Bezirk Neubrandenburg, brachte zum Ausdruck: »Meine Rückkehr bereitete mir keine Schwierigkeiten. Nur ist es mir unverständlich, dass vonseiten des Rates des Kreises die Übergabe der Wirtschaft so schleppend vor sich geht, trotzdem die Wirtschaft im Augenblick herrenlos ist, da die LPG selbige sofort an den Rat des Kreises zur weiteren Verwendung übergab.«

Der Rückkehrer [Vorname Name 14], geb. [Tag, Monat] 1924, wohnhaft: Wilmersdorf, Kreis Pritzwalk, Bezirk Potsdam, äußerte: »Die Rückgabe der Schmiede sowie der Bodenfläche von 3,7 ha machen noch Schwierigkeiten, da die LPG mit der Rückgabe nicht einverstanden ist. Ich bin der Meinung, dass dies auf die schon länger bestehenden Differenzen mit dem LPG-Vorsitzenden zurückzuführen ist.«

Der selbstständige Drogist [Vorname Name 15], geb. [Tag, Monat] 1927, wohnhaft: [Ort, Nr.], Bezirk Dresden, sagte: »Ich war enttäuscht über den Zustand meiner leerstehenden Wohnung, da die Wohnungsgegenstände zu geringen Preisen verkauft wurden. Ich hatte mich an den Bürgermeister gewandt, um die Möbel oder einen Ausgleich zu erhalten. Als Ausgleich für sämtliche verkauften Möbel sollte ich 1 744,15 DM erhalten. Damit bin ich jedoch aufgrund der vorhandenen Möbel nicht einverstanden. Dies erweckt bei mir ein großes Misstrauen gegen die örtliche Verwaltung bzw. gegen den Bürgermeister, da mir alle Personen bekannt sind, die von ihm Möbel erhalten haben, sowie auch eine genaue Preisliste der abgegebenen Gegenstände.«

Am 10.7.1953 hatte die US-Regierung der Sowjetunion über ihre Moskauer Botschaft Lebensmittelhilfe für Ostdeutschland in der Höhe von 15 Mio. Dollar angeboten, die am folgenden Tag vom sowjetischen Außenminister Wjatscheslaw M. Molotow abgelehnt wurde. Deutsche Übersetzung des Schreibens von Molotow, dokumentiert in: ND, Berliner Ausgabe, v. 12.7.1953, S. 1.

2

Als Reaktion auf die US-amerikanische Lebensmittelhilfe wiesen die DDR-Medien darauf hin, dass die Lebensmittel- und Rohstofflieferungen der UdSSR für die DDR im Jahr 1953 einen Gesamtwert von 1,13 Milliarden Rubel ausmachen würden. Vgl. »Über Freunde und Provokateure«. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 24. 7.1953, S. 1.

3

Die Lebensmittelhilfe für die DDR war am 10.7.1953 von US-Präsident Dwight D. Eisenhower als Element der »Psychologischen Kriegsführung« im Rahmen der amerikanischen Liberation Policy beschlossen worden. Die Lebensmittelpakete wurden an Westberliner Verteilerstellen von Mitarbeitern der Senatsverwaltung sowie der Ostbüros und der KgU ausgegeben. Bei der ersten Aktion, die vom 27.7. bis zum 27.8.1953 lief, wurden 2,7 Mio. Pakete verteilt. Es schloss sich bis zum 10.10.1953 eine zweite Aktion an, bei der weitere 2,8 Mio. Pakete verteilt wurden. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 485–490.

4

Wilhelm Grothaus, Jg. 1893, ursprünglich Sozialdemokrat, 1932 KPD-Mitglied, in der NS-Zeit in der Dresdner Widerstandsgruppe Schumann aktiv, 1944/45 Gestapo-Haft und Flucht, 1946 SED-Mitglied, in Sachsen in verschiedenen leitenden Stellungen tätig, zuletzt bis 1950 als Ministerialdirektor im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, anschließend nach Disziplinierung und Entlassung kaufmännischer Angestellter beim VVB ABUS Dresden-Niedersedlitz, am 17. Juni Streikführer, am 23.6.1953 vom Bezirksgericht Dresden zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1960 Haftentlassung und Flucht in den Westen.

5

Vertikale Anstreichung des vorangehenden Teilsatzes (Doppelstrich).

6

Dieses abenteuerliche Gerücht könnte durch die Tatsache genährt worden sein, dass der Sohn Stalins, Wassili Iossifowitsch Stalin, Jg. 1921, Generalleutnant der sowjetischen Luftwaffe, im Mai 1952 als Befehlshaber der Luftstreitkräfte im Moskauer Militärdistrikt abgesetzt worden war. Im April 1953, nach dem Tod seines Vaters, wurde er verhaftet.

7

Friedrich Paulus, Jg. 1890, als Generalfeldmarschall Kommandeur der 6. Armee der Wehrmacht, die im Januar 1943 in Stalingrad kapitulierte, in sowjetischer Kriegsgefangenschaft Beteiligung an Kapitulationsaufrufen des Nationalkomitees Freies Deutschland, im Oktober 1953 Entlassung aus der Gefangenschaft und Rückkehr nach Dresden. Vgl. Diedrich, Torsten: Paulus. Das Trauma von Stalingrad – eine Biographie. Paderborn 2008.

8

Hier könnte Herbert Tschirner gemeint sein, Ingenieur im Konstruktionsbüro des VEB LOWA in Görlitz, am 17. Juni Streikführer, noch am Abend des 17.6. verhaftet und am 19.6.1953 von einem Sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt, Urteil Ende August 1953 zu 20 Jahren Arbeitslager umgewandelt, 1963 Haftentlassung nach Freikauf.

9

Meldungen über angebliche Partisanenkämpfe im westpolnischen Grenzgebiet wurden insbesondere von der Westberliner sozialdemokratischen Zeitung »Telegraf« verbreitet. Vgl. »Jetzt Aufruhr in Polen. Sowjetpanzer verließen Ostberlin in Richtung auf die Oder – Kämpfe mit Streikenden«. In: Telegraf v. 4.7.1953, S. 1, sowie vor allem: »Aufstand in Schlesien. Partisanen sprengen sowjetische Panzer – Warschau unter Ausnahmezustand«. In: Telegraf v. 5.7.1953, S. 1.

10

Mit »Tag X« wurde im offiziellen DDR-Sprachgebrauch rückblickend der 17. Juni bezeichnet. Das sollte andeuten, dass es sich um einen vom Westen aus geplanten Umsturzversuch (»faschistischer Putschversuch«) gehandelt hat. Ursprünglich stammte der Begriff aus dem Westen und wurde, vor allem bei den Institutionen und Organisationen, die sich mit Wiedervereinigungsfragen und »Ostarbeit« befassten, für den Tag der Wiedervereinigung verwendet. Vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: Der »Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat. Bremen 2003, S. 19–26.

11

Vertikale Anstreichung des vorangehenden Satzes (Doppelstrich).

12

Der Ministerratsbeschluss zum »Neuen Kurs« vom 11.6.1953 basierte auf einem Beschluss des SED-Politbüros vom 9.6.1953, der der SED wiederum von der sowjetischen Führung oktroyiert worden war. Im Kern ging es um die Rücknahme des seit der 2. Parteikonferenz vom Juli 1952 geltenden harten politischen Kurses des »Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus«. Einige Maßnahmen, die im Zuge dieser Politik getroffen worden waren, wurden in einem Kommuniqué ausdrücklich als »fehlerhaft« bezeichnet. Insbesondere sollten geflüchtete ehemalige

Bauern und Gewerbetreibende durch das Versprechen, wieder in ihre alten Rechte eingesetzt zu werden und ihren Besitz zurückzuerhalten, veranlasst werden, in die DDR zurückzukehren. Vgl. Kommuniqué über die Sitzung des Ministerrats der DDR vom 11. Juni 1953 und entsprechende Verordnungen. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 12.6.1953, S. 1.

13

Nachfolgendes funktionsloses »der« nicht wiedergegeben.

14

Im Original »im«.

15

Bei den provisorischen Gefangenenlagern handelte es sich an mehreren Orten um Turnhallen, eine Ausstellungshalle in Dresden sowie um das größte Lager dieser Art im Magerviehhof in Berlin-Friedrichsfelde, in das nach dem 17. Juni allein 1 139 Personen eingeliefert wurden. Vgl. Hagen, Manfred: DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus. Stuttgart 1992, S. 176; Kowalczuk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003, S. 244.

16

Im Original »Altkallis«.